

## Am 22. September:

# Die LINKE wählen!

Am 22. September wird der Bundestag neu gewählt. Derzeit spricht viel dafür, dass die parlamentarischen Verhältnisse nach der Wahl die gleichen sein werden wie vor der Wahl, denn die Massenmedien haben mit voller Wucht wieder die Kampagne «Rettet die FDP!» angefahren. Die LINKE kann damit rechnen, wenigstens ihre solide Stammwählerbasis von 7% zu mobilisieren. Auch diesmal wird sie diese Stimmen nicht wegen, sondern trotz ihres Wahlkampfes erhalten.

Angela Merkel kann auf jeden Fall für die nächste Legislaturperiode planen. Die SPD hat sich damit abgefunden, dass sie mit ihrem Kandidaten Steinbrück und dessen Wahlkampfeslogan «Ich, der bessere Merkel» die Wahl nur verlieren kann. Ihre Strategen bereiten sich auf eine große Koalition vor.

Sollte die FDP nicht in den Bundestag kommen, wären die Grünen für die Regierungsbildung ein ernstzunehmender Konkurrent der SPD. Sie veranstalten einen Wahlkampf, der ausdrücklich ihre verantwortungsvolle Rolle bei den Themen Finanzen, Militär- und Außenpolitik betont.

Die CDU müsste, wenn sie wollte, nur kleinste Schritte machen – z. B. die Rücknahme des von 90% der Bevölkerung für dumm und töricht erklärten Betreuungsgelds –, um die angeblich so harte Haltung der Grünen gegen eine Koalition mit den Unionsparteien aufzuknacken.

### Das Viererkartell

Auf eine große Koalition orientieren auch die großen DGB-Gewerkschaften. Deren Vorstände signalisieren, dass sie eine solche mit der Fortsetzung ihrer Burgfriedenspolitik belohnen würden. Bei Konjunkturprogrammen, Krisensanierung auf Kosten der Sozialkassen und auch bei den verfassungswidrigen Europamanövern werden die Gewerkschaften wieder als Partner in der ganz großen Koalition gebraucht.

Und das ist nun mal der alte Traum des Gewerkschaftsbürokraten: ohne Streiks und sonstige Unberechenbarkeiten, bei denen man möglicherweise Amt und Gesicht verlieren könnte, am politischen Machtgeschehen beteiligt zu werden.

Die politische Situation in Deutschland wird durch große Themen bestimmt, zu denen es bei den bürgerlichen Parteien allenfalls graduelle Unterschiede gibt:

■ Die Saat der neoliberalen Wende in der Sozialpolitik – Hartz IV und Agenda 2010 – ist aufgegangen, aber alle vier Parteien – SPD, CDU, FDP und Grüne – wollen sich angesichts der Gesamtbilanz lieber verstecken.

Zwar ist die Geißel der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland deutlich kleiner als in den anderen europäischen Ländern, aber die Rekorderwerbslosigkeit im EU-Raum, vor allem bei der Jugend, drückt auch gewaltig auf die ökonomische und soziale Lage in Deutschland, das im hohen Maße vom Export in den EU-Raum abhängig ist. Ein gutes Viertel der Beschäftigten in Deutschland ist von prekären Arbeitsverhältnissen gebeutelt: Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, Minijobs und Scheinselbständigkeit, mit ihren fürchterlichen Auswirkungen auf Löhne und Gehälter.

■ Auch die zweite Saat der neoliberalen Wende wird jetzt eingefahren: Die Privatisierung von Wohnungsbau und die Öffnung der Immobilienmärkte für ausländisches Kapital haben dazu geführt, dass Wohnen kaum noch bezahlbar ist und Hunderttausende verzweifelt nach erschwinglichen Wohnraum suchen.

Nur eine drastische Mietpreiskontrolle und eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus auf re-kommunalisiertem Grund und Boden kann an dieser Situation etwas ändern. Doch für mehr als leere Wahlkampffloskeln gibt sich von den vier Staatsparteien keine her, solch «sozialistische» Maßnahmen fordert nur die LINKE.

■ Deutschland ist Zuchtmeister der EU und größter Profiteur der auseinanderdriftenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa. Diesen «Merkelismus» verteidigt das Viererkartell der Parteien jedoch komplett gemeinsam, es hat ihn ja auch gemeinsam entwickelt. Kein Steinbrück, kein Trittin, keine Göhring-Eckard und kein Brüderle schlagen dafür eine grundsätzliche Alternative vor. Die EU der Verträge von Maastricht und Lissabon ist ein unantastbares Tabu.

■ Und als ob das nicht schon Strafe genug wäre, haben die «demokratischen Verbündeten» in den USA und Großbritannien jetzt ein neues Großthema serviert: Seit über fünfzig Jahren ist die privilegierte Zusammenarbeit der Geheimdienste Pflichtübung für alle deutschen Regierungen, speziell die US-amerikanischen Dienste

kannten auf deutschem Gebiet nur technische, keine politischen Beschränkungen.

Wohlfeil richtet sich die geballte Kritik gegen das Ausland, der BND aber hat der NSA Material zur Verfügung gestellt, und vereinbart hat dies 2002 die Regierung Schröder. Der BND musste zudem einräumen, dass er – wie der Verfassungsschutz auch – die Schnüffelsoftware Xkeyscore der NSA schon längst einsetzt. Und bei der Bundesregierung drängt er auf eine laxere Auslegung deutscher Datenschutzgesetze.

Tatsächlich war und ist Deutschland auch bei der Zusammenarbeit der Geheimdienste Juniorpartner der USA – das ist der politische Hintergrund für den NSA-Skandal. Auf diesem Boden stehen Unionsparteien, SPD, FDP und Grüne gleichermaßen, deswegen tragen sie auch alle eine Mitverantwortung. Denn sie alle verteidigen die «Westbindung» als Kernbestandteil deutscher Staatsräson. Außen vor steht bislang nur die LINKE.

### ... und nach der Wahl die Grausamkeiten

Weil alle Mitglieder des Vierparteienskartells diese «Erfolge» nicht in Frage stellen wollen, leidet der Wahlkampf 2013 zwangsläufig an



Langeweile. Auch bei den Opfern der neoliberalen Wende herrscht der Eindruck vor, dass nach den Wahlen alles so weiter gehen wird wie bisher. Das könnte sich als Irrtum erweisen.

Angesichts sich verdüsternder Aussichten für die Weltwirtschaft spricht wenig dafür, dass Merkel und Schäuble, die Zuchtmeister Europas, ausgerechnet im Musterland des Sparens auf eine neue Runde der Sparpolitik verzichten werden.

Klar ist: Im Haus von Finanzminister Schäuble liegen bereits die Blaupausen für eine Agenda 2020 in den Schubladen. Kurz vor Weihnachten 2012 berichtete der Spiegel darüber, dass Experten aus dem Finanzministerium an einem neuen Sparpaket basteln. Seine Inhalte:

- Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (auf Bücher, Lebensmittel oder Straßenbahnfahrten) soll von derzeit 7% auf 19% steigen.
- Der staatliche Zuschuss zum Gesundheitsfonds soll um 10 Milliarden Euro gekürzt werden.
- Die Abschläge beim vorzeitigen Ruhestand sollen von gegenwärtig 3,6% auf 6,7% steigen.

Es spricht allerdings einiges dafür, dass das, was die neue Regierung nach dem 22. September aus dem Ärmel zaubern wird, drasti-

scher ausfallen wird als die Weihnachtsgedanken 2012 der von Schäuble bestellten Sparkommissare.

Die Wirtschaftsbosse zeigen sich unzufrieden mit dem Wahlprogramm der Union. Gesamtmetallchef Dulger hetzt in der *Süddeutschen Zeitung* gegen eine denkbare schwarz-grüne Koalition, in dem er den Grünen vorwirft, einen «Morgenthau-Plan für Deutschland» zu ersinnen, und legt schon mal auf den Tisch, was die Unternehmer von der nächsten Regierung erwarten: die Einschränkung des Streikrechts mit Hilfe der sog. «Tarifeinheit», die kampfstarken Spartengewerkschaften eigene Abschlüsse unmöglich machen soll.

Die LINKE macht leider wieder einen Wahlkampf, der die klaren Aussagen ihres eigenen Programms nicht ansatzweise ausnutzt. Präzise Forderungen werden heruntergekocht und verkommen zu Waschmittellösungen im Stil von «100 Prozent sozial». Dennoch ist sie die einzige fortschrittliche Kraft, die aus dem Vierparteienskartell herausfällt. Deshalb sollten wir sie wählen. Etwas anderes haben wir nicht. **Die is! ruft deshalb zur Wahl der LINKEN auf und beteiligt sich an den Wahlkampfaktivitäten der LINKEN.**

# Was will die LINKE?

## 100 Prozent sozial. Auch 100 Prozent Opposition?

Das Wahlprogramm der Linkspartei setzt die Kompromisslinie zwischen den verschiedenen Strömungen der Partei fort, die seit dem Erfurter Parteitag gilt. Es gibt keine Öffnung hin zu einer Regierungsbeteiligung (weil die Verhältnisse dies derzeit auch gar nicht hergeben), es mangelt aber auch an einer klaren Kante gegen das Krisenmanagement der Merkel-Regierung, dessen Eckpfeiler ja im großen und ganzen von den anderen Parteien getragen werden: vor allem bei der Bankenregulierung und in der Europapolitik.

So ist für jeden (linken) Geschmack ein bisschen was dabei, aber richtigen Pep entfaltet das Programm nicht: Es will eine friedliche, solidarische und demokratische Gesellschaft, aber die Kanonen richten sich nicht auf die Kommandohöhen des Kapitalismus. Zum Beispiel will die LINKE sich an militärischen Auslandseinsätzen grundsätzlich nicht beteiligen, sagt aber kein Wort dazu, was dies für die Beteiligung Deutschlands an den entsprechenden EU-Institutionen oder für sein Zugehörigkeit zur NATO bedeutet.

Das Programm schwankt hin und her zwischen einer besseren Regulierung des Kapitalismus und einer Gesellschaftskonzeption, die sich mit den Grundsätzen der Kapitalherrschaft nicht mehr vereinbaren lässt. Es bescheinigt der Europäischen Währungsunion Konstruktionsfehler und fordert einen Neuanfang für Europa, macht aber einen großen Bogen um die Frage, was das denn im Fall einer Linkspartei in Deutschland bedeuten würde.

Diese LINKE würde in einem solchen Fall nicht mal ihren Vertreter aus der EZB abrufen, geschweige denn einen Aufruf an die Völker Europas verfassen, ihre Regierungen über Bord zu werfen und gemeinsam neue, solidarische Strukturen für Europa zu schaffen – jenseits der EU-Zwangsjacken.

Es ist ein Wahlprogramm in 45 Punkten, mit langen Ausführungen zu jedem einzelnen! Wie soll man soviel Unwillen zur Zuspitzung auf wenige Plakate und Flugblätter bringen?

In vielen Einzelfragen sind die Positionen der LINKEN von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien inhaltlich soweit entfernt, dass sie getrost als mit einer Regierungsperspektive unvereinbar gelten können. Dazu ein paar Beispiele:

**Hartz IV:** Die LINKE fordert die Abschaffung von Hartz IV. Als erster Schritt dazu soll der Regelsatz auf 500 Euro angehoben und die Sanktionen abgeschafft werden. Perspektivisch soll es eine Grundsicherung in Höhe von 1050 Euro geben. Dazu muss aber erst noch ein Konzept erarbeitet werden.

**Rente:** Die LINKE ist für die Abschaffung der Rente mit 67. Jede und jeder muss nach 40 Berufsjahren mit 60 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Dabei sollen auch Zeiten der Erwerbslosigkeit, Krankheit, Ausbildung usw. anerkannt werden. Die Rentenkürzungen der letzten Jahre sollen zurückgenommen werden, das Rentenniveau soll wieder auf 53% steigen (die Regierungsparteien pla-

nen dagegen eine Absenkung auf 43%). Die LINKE fordert eine durch Steuern finanzierte, solidarische Mindestrente von 1050 Euro.

**Prekäre Beschäftigung:** Die Leiharbeit soll abgeschafft werden. Solange das nicht erreicht ist, soll es gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit plus einen Flexizuschlag von 10% geben. Die Sozialversicherungspflicht soll ab der ersten Stunde der Beschäftigung gelten. Minijobs werden damit unattraktiv. Befristete Arbeitsverträge soll es nur noch in wenigen Ausnahmefällen geben. Ein Mindestlohn von 10 Euro, der in der nächsten Legislaturperiode auf 12 Euro steigen soll, soll sofort eingeführt werden. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll wesentlich erleichtert werden, auf einseitigen Antrag der Gewerkschaften.

**Friedenspolitik:** Die LINKE lehnt weiterhin jede Form von Bundeswehreinheiten im Ausland ab. Alle Soldaten in Kriegseinsätzen sollen unverzüglich abgezogen werden.

Der Rüstungsexport soll verboten werden.

**Steuerpolitik:** Die LINKE fordert eine Millionärsteuer. Alle Vermögen über einer Million Euro sollen jährlich mit einer 5%igen Vermögensabgabe belastet und eine Finanztransaktionssteuer von 0,1% eingeführt werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 53% angehoben und Einkommen über einer Million mit 75% besteuert werden.

**Energiepolitik:** Die restlichen Atomkraftwerke sind sofort abzuschalten. Die erneuerbaren Energien sind zügig auszubauen, sie sollen bis 2050 die gesamte Stromversorgung abdecken. Alle Kohlekraftwerke sind bis 2040 vom Netz zu nehmen. Die Energieversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und deshalb in öffentlichen Besitz, sie soll dezentral erfolgen. Stromabschaltungen wegen Zahlungsunfähigkeit sollen verboten, jedem Haushalt ein kostenloses Grundkontingent zur Verfügung gestellt werden.

Mit solchen Festlegungen wurde

dieses Wahlprogramm für eine weitere Legislaturperiode in der Opposition geschrieben. Leider versteht die LINKE nicht, dass jede dieser Forderungen, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse herausfordert und daher ein Kräfteverhältnis verlangt, das in der Lage ist, die Systemfrage zu stellen. Ihre Aufgabe bestünde darin, ein solches aufzubauen – in Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Bewegungen. Vieles von dem, was soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen fordern, findet sich im Programm ja wieder. Forderungen aus dem Wahlprogramm können aber nur umgesetzt werden, wenn es gesellschaftliche Kämpfe darum gibt.

**Bei all seinen Schwächen bringt das Programm der LINKEN als einziges wenigstens zum Ausdruck, dass es noch etwas anderes gibt als den angeblich alternativlosen Einheitsbrei des Vierparteienkartells. Insofern ist es das Beste, was derzeit zur Wahl steht.**

# Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**

Großflächenplakat der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 ([www.die-linke.de/wahlen/kampagne](http://www.die-linke.de/wahlen/kampagne))

## Wohnen darf nicht Ware sein

Seit geraumer Zeit steigen die Mieten in Großstädten wieder deutlich schneller als die Lebenshaltungskosten. Vielen Menschen, vor allem Familien, bleibt nur die Wahl, die Hälfte ihres Einkommens für eine oft zu kleine Wohnung auszugeben oder aber ins Umland zu ziehen und lange Fahrtzeiten zur Arbeit in Kauf zu nehmen.

Wer kann denn schon 15 Euro (in den Zentren auch 20 Euro und mehr) Kaltmiete je Quadratmeter bezahlen – was der Durchschnittspreis für Neuvermietungen in München ist? In anderen Großstädten wie Hamburg, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Freiburg, Stuttgart sind die Mieten nur geringfügig preiswerter, in mindestens 20 Städten in Deutschland liegen sie durchschnittlich ohne Nebenkosten bei über 8 Euro. Vielerorts sind sie seit 2008 um mehr als 20% gestiegen.

**Was sind die Gründe für die Mietexplosion in den urbanen Zentren?** Viele Jahre lang hat der soziale Wohnungsbau für relativ viele Menschen eine zu hohe Mietbelastung zumindest abgefedert. Doch binnen einer Generation sind von über 6 Millionen Sozialwohnungen gerade noch 2,1 Millionen übrig geblieben. Die übrigen sind aus der Mietpreisbindung gefallen. Auch die Zahl der geförderten Neubauwohnungen fiel binnen 20 Jahren von 162.000 auf gerade mal 22.000. Der Staat gibt jährlich 17 Milliarden Euro für Wohngeld aus, das letztlich eine Subvention für eine Minderheit von Immobilienbesitzern darstellt.

Die Privatisierungspolitik der vergangenen dreißig Jahre hat zum Verkauf von Hunderttausenden von Wohnungen an «Investoren» geführt, deren Ziel in aller Regel die Profitmaximierung ist. Viele Kommunen haben unter dem Druck klammer Kassen (und dem Beifall

der neoliberalen Ideologen) ihre Wohnungsbestände versilbert, um ihr Haushaltsdefizit zu reduzieren. Post und Bahn besaßen mehrere hunderttausend Wohnungen, die bereits abgestoßen wurden oder noch werden sollen.

Die Beinahepleite der Bayerischen Landesbank hat dazu geführt, dass 32.000 Wohnungen für 2,5 Mrd. Euro an die Augsburger Patrizia AG verschertelt wurden, die schon vorher in diversen Großstädten ein Immobilienvermögen «betreute», das auf 7,5 Mrd. Euro geschätzt wird. Zum Abbau ihres Defizits verkaufen die Kommunen auch häufig Bauland, was ihre Interventionsmöglichkeiten in den Wohnungsbau reduziert.

So kommen mehrere Dinge zusammen: die Verkäufe der öffentlichen Hand, die historisch niedrigen Zinsen und die Inflationsängste vieler Geldbesitzer und die im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten in Deutschland

noch niedrigen Immobilienpreise. Daraus hat sich ein Run auf gute Immobilien in Innenstadtlage ergeben, deren Preis sich vielfach binnen zehn Jahren verdoppelt hat.

Immobilien werden als «langfristig sicheres Investment» angepriesen und verhöckert. Alte Wohnungen werden luxussaniert, die Mieter verdrängt, oft werden diese Wohnungen nach ihrer Umwandlung zudem nur wenige Wochen im Jahr bewohnt! Diesen Prozess der Verdrängung von weniger kaufkräftigen Menschen aus den Innenstadtbereichen in die Randgebiete oder das Umland nennt man «Gentrifizierung».

Die durchschnittlichen Produktionskosten für Wohnraum liegen (Abschreibungen und Instandhaltung eingerechnet) bei höchstens 5 Euro je Quadratmeter. Durchschnittsmieten außerhalb der Großstädte liegen deshalb in aller Regel auch bei etwa 4 Euro je Quadratmeter.

Wird also der dreifache Mietzins verlangt, bedeutet das, dass die Besitzer von Grund und Boden, die

Immobilien Eigentümer und die finanzierenden Banken entsprechend Reibach machen. Hier müssen die Kommunen das Recht bekommen, verbindliche Miethöchstgrenzen festzulegen und Luxussanierungen durch Erhaltungssatzungen zu verhindern.

Die häufig aufgestellte Forderung nach Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus bleibt solange ein zahnloser Tiger, wie der Umwandlungsspekulation nicht der Boden entzogen wird.

Der soziale Wohnungsbau muss mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden und darf nur vom Staat, den Kommunen oder gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Trägern verwirklicht werden. Da die Grundstückpreise bis zu 50% der Immobilienpreise ausmachen, müssen Grund und Boden in kommunales Eigentum überführt werden. Die Erbpacht würde den Kommunen dann erhebliche und sichere Einnahmehöglichkeiten verschaffen. Nur so kann die gesetzliche Planungshoheit der Kommunen auch wirklich umgesetzt werden.

# Der Merkelismus

## Neue deutsche Vormacht in Europa

**Wenn es ein Thema gibt, das in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb alle anderen überlagert hat, dann war es das Management der Finanzkrise und seiner Folgen für die Europapolitik.**

In der Finanzkrise hat die Regierung Merkel dafür gesorgt, dass den Banken die Verantwortung und die Lasten für die Krise genommen und auf die Steuerzahler im Inland, vor allem aber im europäischen Ausland abgewälzt wurden. Ihr verantwortungsloses Geschäftsmodell wurde nicht angetastet, nur an wenigen Stell-schrauben Korrekturen angebracht: etwa die Eigenkapitaldecke der Banken angehoben oder im Fall der Zypernkrise erstmals auch die Gläubiger für die Verluste herangezogen.

Dafür hat die Dominanz des deutschen Kapitals über Europa noch einmal einen Quantensprung gemacht. Äußerte sie sich vor der Krise vorwiegend im Niederkonkurrieren von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im EU-Ausland (etwa in der Autoindustrie oder im Einzelhandel) mit Hilfe des Euro und der Agenda 2010, hat die Bundesregierung die relative Stabilität der deutschen Wirtschaft in den letzten vier Jahren genutzt, allen anderen EU-Staaten (außer Großbritannien) auch ihre Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Damit wurden die Länder Südeuropas in den wirtschaftlichen Niedergang getrieben.

Schamlos spielt die Bundesregierung die deutsche Wirtschaftsmacht aus, um etwa Griechenland zu diktieren, dass es sein gesamtes öffentliches Vermögen einschließlich der Denkmäler zu verschern hat, damit es seine Schuldenzinsen u. a. an deutsche Banken bedient. Kein Wunder, dass die neue deutsche Kapitalherrschaft über diese Länder schlimme Erinnerungen weckt.

Entgegen allem Geschwätz vom angeblichen «Zahlmeister Deutschland» hat der deutsche Staat von der Verschuldung der Krisenländer nur profitiert: Weil deutsche Staatsanleihen als «sicherer Hafen» gelten, kann sich der Bund quasi zum Nulltarif refinanzieren. Schäuble hat damit seit 2008 100 Mrd. Euro gespart.

### Sozial verheerend

Die Regierung Merkel ist verantwortlich für soziale Verwüstungen in Europa, die in der Geschichte beispiellos dastehen. «Es muss weh tun», soll die Kanzlerin dem ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Papandreu gegenüber die Härte der Sparmaßnahmen begründet haben. Und? Tut es etwa der korrupten griechischen Oberschicht weh, die immer noch keine oder kaum Steuern zahlt und mit Hilfe der EU-«Rettungspakete» ihre Schäfchen gut ins Trockene gebracht hat? Oder waren vielleicht die Angestellten der staatlichen Rundfunkanstalt

ERT, die vor wenigen Monaten entlassen wurden, verantwortlich für die griechischen Haushaltsmanipulationen mit Hilfe von Goldman Sachs (und dem stillschweigenden Wegschauen der EU-Finanzminister)?

An Griechenland wird ein Exempel statuiert, hier wird ausgelotet, wieviel Grausamkeiten man einer Bevölkerung zumuten kann und in welchen Dosen man auf staatliche Gewalt, oder wahlweise auf neonazistische Horden, zurückgreifen muss.

In Griechenland nähert sich die «offizielle» Arbeitslosenrate der 30-Prozent-Marke. Über 80% der Arbeitslosen bekommen keinerlei staatliche Unterstützung. 20–30% der Griechen sind ohne Krankenversicherung. Schwangeren wird die Entbindung im Krankenhaus verweigert, chronisch Kranken die Behandlung, wenn sie nicht vorab zahlen. Tarifverträge sind außer Kraft gesetzt, das Lohnniveau ist um mindestens 30% gesunken. Griechenland wird zu einem Land der Dritten Welt gemacht – dank Merkel und Schäuble.

### Entdemokratisierung

Für Merkel ist das Wichtigste an Europa der Euro. Für dessen Stabilität opfert sie alles, auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den Sozialstaat sowieso, aber auch das, was an demokratischen Entscheidungsmechanismen übrig geblieben ist. Unter ihrer Regie-

rung sind die Rechte auch des deutschen Parlaments so rasant ausgehöhlt worden wie nie zuvor – mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der LINKEN)!

Fleißig hat das Vierparteienkartell die Hand gehoben für die Bankenrettungspakete, anfänglich haben sich sogar die Gewerkschaften, Hand in Hand mit den Unternehmerverbänden, dafür stark gemacht! Unter Merkel war erstmals eine deutsche Regierung wieder daran beteiligt, ausländische Regierungschefs ab- und einzusetzen.

Ob eine Regierung für die Kapitaleigner noch tolerierbar ist oder nicht, entscheidet inzwischen der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs – und das heißt im wesentlichen: die deutsche, französische und britische Regierung.

### Raus aus den EU-Verträgen

Einer solchen Regierung – und einer solchen EU – gehört das Handwerk gelegt. Die Kanzlerin steht nur deshalb in Wahlumfragen so gut da, weil die Massenmedien sich völlig in die ganz große Koalition der Bankenretter einreihen und das trügerische Gefühl verbreiten, der Kelch der Krisenfolgen werde im wesentlichen an der deutschen Bevölkerung vorbeigehen.

Aber Schäuble hat versprochen, dass die Deutschen auch im Sparen Musterknaben sein werden (Schuldenbremse!). Und so tut die arbeitende Bevölkerung hierzulande gut daran, den Sirenenklängen nicht zu folgen und ihr Heil nicht im Schulterchluss mit den Ackermann, Zetsche, Grube, Großmann & Co. zu suchen, sondern in der Verständigung mit den Lohnabhängigen in den anderen EU-Ländern.

Dieses Monstrum EU, dieses Instrument der finanziellen Erpressung und des modernen Despotismus, gilt es gemeinsam los zu werden – samt ihren Verträgen und Institutionen. Denn die EU ist tatsächlich ein Projekt der internationalen Zusammenarbeit – aber einer Zusammenarbeit der herrschenden Klassen, des «einen Prozents» gegen den Rest der Bevölkerung.

Bildung, des öffentlichen Gesundheitswesens und des sozialen Wohnungsbaus sowie eine wirtschaftliche Konversion weg von fossilen und nuklearen Energieträgern zu finanzieren.

Wir wollen ein Europa, in dem die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung das bestimmende Kriterium für die wirtschaftliche Entwicklung sind. Diese Mehrheit muss das Recht haben, selbst darüber zu bestimmen, wo, was, wie und in welchem Umfang produziert wird. Dazu bedarf es grundlegender demokratischer Prozesse in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht zuletzt in den Betrieben.

Der Widerspruch verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!



## Unser Europa

**In Südeuropa gibt es erste Anzeichen für eine Gegenbewegung gegen den Merkelismus (der von den anderen EU-Regierungen ja mitgetragen wird).**

Ausgehend von Initiativen der griechischen Linkspartei SYRIZA bildet sich inzwischen so etwas wie eine «Allianz des Südens» unter Beteiligung von Teilen der spanischen, portugiesischen und französischen Linken, die mit dem Euroliberalismus brechen wollen. Ihre Kernforderungen lauten:

- Aufkündigung der Sparbeschlüsse und Rücknahme der Verschlechterungen bei Mindestlohn und Arbeitslosengeld, Wiederin-Kraftsetzung der Tarifverträge;
- Schuldenstreichung für die Länder des Südens, Einstellung des Schuldendienstes und Verwen-

dung der Gelder für dringend nötige Sozialprogramme;

- Banken unter öffentliche Kontrolle, Rücknahme der bisher vorgenommenen Privatisierungen;
- energische Verfolgung von Steuerflucht und angemessene Besteuerung der Reichen;
- Einführung von Kapitalverkehrs-kontrollen.

Vielleicht würden sich linke Regierungen genötigt sehen, aus dem Euro auszusteigen, um diese Forderungen durchzusetzen. Das wäre ihr gutes Recht und verdiente unsere Solidarität. **Wir sind weder D-Mark-Nostalgiker noch Anhänger des Europas von Maastricht. Wir verteidigen keine Währung, wir verteidigen soziale und demokratische Rechte.** Das unterscheidet uns von rechten Eurokritikern

wie der «Allianz für Deutschland», die die neoliberale Politik mit der D-Mark fortsetzen will.

Für uns stehen die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten im Mittelpunkt – in Deutschland und auch überall sonst. Auch hier brauchen wir dringend eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und eine Steuerpolitik, die endlich die Kapitalbesitzer und Vermögenden an die Leine legt.

An die Stelle des Fetischs Export muss eine binnenmarktorientierte Entwicklung treten. Die unkontrolliert auf den Kapitalmärkten herumstreunenden Billionen anlagensuchendes Kapital müssen der öffentlichen Hand wieder zugeführt werden, um den Ausbau der

isl  
internationale sozialistische linke  
**Was wir wollen**

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

*Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*

# Syrien – die schwierige Solidarität

**Nachfolgend bringen wir Auszüge aus der Stellungnahme der Koordination der isl zur Demokratiebewegung in der syrischen Revolution.**

Die syrische Revolution begann im März 2011, wie auch die anderen revolutionären Erhebungen des Arabischen Frühlings, als eine friedliche Bewegung für Demokratie, politische Freiheit und soziale Rechte. Sie ist damit Teil des revolutionären und antidiktatorischen Prozesses, der seit über zwei Jahren die arabische Welt und in jüngster Zeit auch die Türkei erfasst hat und der immer noch nicht beendet ist.

Die Proteste, die sich bald auf das ganze Land ausweiteten, wandten sich gegen Korruption und Vernetzung, gegen die Verarmung der Bevölkerung, die durch die neoliberale Politik des herrschenden Assad-Clans hervorgerufen wurde, und gegen eine brutale Geheimdienstiktatur, die keinerlei politische Freiheiten zuließ.

Doch das Regime reagierte auf die friedlichen Proteste von Anfang an mit massiver Gewalt. Die massive Repression führte dazu, dass zunehmend auch Soldaten aus der regulären syrischen Armee desertierten, die nicht länger auf Unbewaffnete schießen wollten.

Die Freie Syrische Armee schütz-

te zunächst die friedlichen Demonstrationen, geriet aber zunehmend in einen offenen bewaffneten Konflikt mit der Assad-Armee. Heute sind viele ländliche Gebiete und einige Städte unter der Kontrolle der Opposition.

Die bewaffneten Kräfte des Regimes, die Armee und die Geheimdienste, unternehmen derzeit einen brutalen Rückeroberungskrieg, der sich nicht zuletzt gegen die zivile Bevölkerung in den befreiten Gebieten richtet. Dabei stützen sie sich auf ihre weit überlegene Bewaffnung, die von Russland und dem Iran geliefert wird, sowie auf ausländische Hilfstruppen wie die Hizbollah und irreguläre Todesschwadronen.

Das Assad-Regime war niemals «antiimperialistisch». Vielmehr hat sich bereits Hafez al-Assad, der Vater des jetzigen Machthabers, als verlässlicher Partner westlicher Politik erwiesen. Darin unterschied er sich nicht wesentlich von Diktatoren wie Mubarak in Ägypten oder Ben Ali in Tunesien. 1976 ging er mit stillschweigender Unterstützung der USA und Israels gegen linke Kräfte im Libanon vor, unterstützte 1990/91 den Krieg der US-geführten Koalition gegen den Irak und war an Folterungen im Auftrag der US-Regierung unter George W. Bush beteiligt.

Auch im Kampf gegen die völ-

kerrechtswidrige und aggressive Politik Israels hat das Assad-Regime in der Vergangenheit mehr Rhetorik als reale Politik entwickelt. Es hat keinerlei Versuch unternommen, die seit 1967 von Israel besetzten Golanhöhen wiederzugewinnen. Und auch die Unterstützung der Hizbollah im Libanon diente eher der Stützung des syrischen Einflusses als dem Kampf gegen Imperialismus und Zionismus.

★

Die gewalttätige Unterdrückung der Opposition hat zu einem Bürgerkrieg geführt, in den sich mehr und mehr die Nachbarstaaten Türkei, Qatar, Saudi-Arabien und Iran, die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien sowie die USA und Russland eingemischt haben und einmischen. Sie alle verfolgen dabei eigene Absichten, die wenig mit den Zielen der demokratischen Opposition, dafür hauptsächlich mit Hegemonieansprüchen im Nahen Osten zu tun haben.

Neben dem Krieg des Regimes gegen die eigene Bevölkerung gibt es deshalb einen Interventionskrieg, der von den dem imperialistischen Westen zugeneigten Kräften eher verdeckt, von Seiten des Iran, auch gestützt auf die Hizbollah, offen geführt wird.

★

In diesem Krieg, dem Interventi-

onskrieg, ist keine Seite unterstützenswert. Hier ist Defätismus angesagt – also die Arbeit am Sturz des jeweils eigenen Regimes und an einer engen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung der demokratischen und linken Bewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten.

Im Krieg des Assad-Regimes gegen die syrische Opposition können Linke, die sich Internationalisten nennen, jedoch nicht neutral sein, hier gilt es, wie überall, jene Kräfte zu unterstützen, die für einen demokratischen, säkularen, multiethnischen und multikonfessionellen Staat eintreten – und dabei insbesondere diejenigen, die sich gegen neoliberale Politik wenden und für die Autonomierechte der Kurden eintreten.

Diese Unterstützung ist nicht davon abhängig zu machen, ob die demokratischen und antikapitalistischen Kräfte stark oder schwach sind. Sie kann auch nicht davon abhängig gemacht werden, welche taktischen Entscheidungen sie treffen – ob in Bezug auf ihre Haltung zur Genfer Konferenz, auf die Frage ihrer Bewaffnung o. a.

★

Angesichts der Schwäche der Linken kann unsere Unterstützung nur eine politische sein. Die isl lehnt jede ausländische militärische Intervention ab, sie schadet dem Prozess der Befreiung von der

Diktatur nur. Die Politik der Bundesregierung ist heuchlerisch: In Worten steht sie auf der Seite der «Freiheit» (wessen Freiheit?) gegen die Diktatur, in Taten tut sie so gut wie nichts, um der Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, schiebt das Flüchtlingsproblem auf die Türkei ab und versucht ansonsten, sich mit der Stationierung von Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze im «Spiel der Mächte» um die Neuordnung des Nahen Ostens einen Platz zu sichern.

★

Die islamistischen Kräfte sind – auf Seiten der Opposition wie auf Seiten des Regimes – in letzter Zeit erstarkt. Sie bedrängen die demokratische Opposition wie auch die kurdische Bevölkerung, die sich beide manchmal erbitterte Kämpfe mit den Islamisten liefern und faktisch an zwei Fronten zu kämpfen haben. Eine Gleichsetzung «der Opposition» mit den islamistischen Kräften verbietet sich deshalb.

Es gibt zudem in der demokratischen Organisation auch linke Organisationen, an denen sich anknüpfen lässt. In den befreiten Gebieten im Norden und Osten des Landes wie auch in den von Kurden kontrollierten Gebieten gibt es Versuche lokaler Selbstorganisation und des Wiederaufbaus, die unsere Unterstützung verdienen.



Foto: Julia Bar-Tal

**isl**  
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de

**Aachen** aachen@islinke.de **Berlin** berlin@islinke.de **Bielefeld** bieiefeld@islinke.de **Bremen** bremen@islinke.de **Dortmund** dortmund@islinke.de  
**Düsseldorf** duesseldorf@islinke.de **Frankfurt a.M.** frankfurtm@islinke.de  
**Hamburg** hamburg@islinke.de **Karlsruhe** karlsruhe@islinke.de **Kassel** kassel@islinke.de  
**Köln** koeln@islinke.de **Marburg** marburg@islinke.de **München** muenchen@islinke.de  
**Oldenburg** oldenburg@islinke.de **Ruhrgebiet** ruhrgebiet@islinke.de **Schwäbisch Hall** schwaebisch-hall@islinke.de  
**Stuttgart** stuttgart@islinke.de

#### IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein  
Satz/Layout: Hans-Günter Mull  
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):  
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

**SoZ** Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

**Probeausgabe** kostenlos

**Probeabo** (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

**SoZ-Verlag** · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de